



Sitzung vom
5. April 2022

Mitgeteilt den
8. April 2022

Protokoll Nr.
262/2022

Auftrag Florin-Caluori

betreffend Verordnungsauftrag über die Schulzahnpflege: Kostenstellung der Trägerschaften für private Behandlungen streichen

Antwort der Regierung

Der Auftrag verlangt, dass die Schulzahnärzteschaft den Trägerschaften auf Ende eines Schuljahres lediglich die Kontrollen aber nicht mehr die Behandlungen in Rechnung stellen kann. Ausserdem sollen die Trägerschaften vom Einzug der Kostenanteile von den Erziehungsberechtigten befreit werden, wodurch das Inkassorisiko auf die Schulzahnärzteschaft übergehen soll.

Die Schulzahnpflege bezweckt die Sicherstellung der Mundgesundheit (Prophylaxe) von Kindern und Jugendlichen in der Volksschule durch eine jährliche Kontrolle des Gebisses (Kontrolluntersuchung) sowie die Durchführung von allfälligen Behandlungen. Im Rahmen der flächendeckenden Früherfassung können prophylaktische Massnahmen getroffen werden, die auf lange Sicht Kosten sparen und einen wertvollen Beitrag an die Volksgesundheit leisten.

Die Kosten für die Kontrolle des Gebisses durch die Schulzahnärztinnen und Schulzahnärzte gehen zu Lasten der Trägerschaften (vgl. Art. 12 Abs. 2 Verordnung über die Schulzahnpflege; BR 421.850). Die Behandlungskosten gehen grundsätzlich zu Lasten der Erziehungsberechtigten (vgl. Art. 13 Verordnung über die Schulzahnpflege). Die Leistungen der Zahnärzteschaft im Rahmen des schulzahnärztlichen Dienstes werden nach dem Schulzahnpflege tariff der Schweizerischen Zahnärztegesellschaft entschädigt. Ebenso die Kostenanteile der Erziehungsberechtigten (Art. 14 Verordnung über die Schulzahnpflege). Dieser Tarif ist niedriger angesetzt als der

Tarif für Privatpatienten. Vor diesem Hintergrund erwächst der Zahnärzteschaft kein wirtschaftlicher Vorteil aus der Erfüllung des schulzahnärztlichen Dienstes. Ebenso wenig baut die Schulzahnärzteschaft durch ihren Auftrag neue Kundschaft auf, denn in der Regel verfügt die Mehrheit der Erziehungsberechtigten über eine Privatzahnärztin / einen Privatzahnarzt. Vom Sozialtarif der Schulzahnärzteschaft profitieren Kinder und Jugendliche mit deutlich höherem Behandlungsaufwand sowie Familien, die aus finanziellen Gründen keine Privatzahnärztin / keinen Privatzahnarzt haben und letztlich auch die Gemeinden, da sie so keine Kosten für verspätete und damit aufwändige Gebissanierungen von Sozialhilfebeziehenden übernehmen müssen.

Abklärungen bei der Graubündner Zahnärztegesellschaft haben ergeben, dass die Schulzahnärzteschaft mit dem bisherigen System zufrieden ist und sich der mit dem schulzahnärztlichen Dienst verbundenen sozialen Verantwortung gegenüber der Gesellschaft bewusst ist. Allerdings neigt die Schulzahnärzteschaft dazu, ihr Mandat niederzulegen oder mindestens ernsthaft zu überdenken, sollten sie nebst dem tieferen Tarif auch noch das Inkassorisiko tragen müssen.

Insgesamt läuft eine Anpassung von Art. 15 Verordnung über die Schulzahnpflege dem schulzahnärztlichen Grundauftrag, nämlich die Erhaltung der Mundgesundheit von Kindern und Jugendlichen und der gleiche Zugang zu Massnahmen zur Erhaltung der Mundgesundheit zuwider, und verursacht längerfristig eine nicht zu unterschätzende Erhöhung der Behandlungskosten, welche letztlich insbesondere die ohnehin sozial schwächeren und benachteiligten Familien sowie die Kosten der Sozialhilfe der Gemeinden belastet.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag abzulehnen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Auftrag Florin-Caluori betreffend Verordnungsauftrag über die Schulzahnpflege: Kostenstellung der Trägerschaften für private Behandlungen streichen

Im Schulgesetz vom 1.8.2013 hat der Grosse Rat auch Art. 51 Schulärztlicher und schulzahnärztlicher Dienst zugestimmt. Somit haben die Schulträger die Aufgabe, die zahnärztlichen Kontrolluntersuchungen obligatorisch zu organisieren und durchzuführen. Dieser Auftrag hat sich bewährt und ist sinnvoll. Auch funktioniert dieser Auftrag sehr gut und kompetent.

Die Kosten für die Kontrolle des Gebisses der Schülerinnen und Schüler durch die Schulzahnärztinnen beziehungsweise Schulzahnärzte gehen zu Lasten der Trägerschaften. Art. 12 Verordnung über die Schulzahnpflege.

Die Behandlungskosten gehen zu Lasten der Erziehungsberechtigten. Art. 13 Verordnung über die Schulzahnpflege.

Diese Aufgaben sind klar und diesen stehen auch keine Änderungsanträge gegenüber.

Was jedoch erstaunt, ist, dass die Trägerschaften (Gemeinden) den Einzug der Kostenanteile der Erziehungsberechtigten (siehe Art. 15 der Verordnung) besorgen sollen und nicht einbringende Kosten zu Lasten der Trägerschaften gehen sollen. Die Gemeinden müssen das Inkasso der privaten Rechnungen bearbeiten.

Verordnung über die Schulzahnpflege Art. 15 Rechnungsstellung

1 Die Schulzahnärztinnen beziehungsweise Schulzahnärzte stellen den Trägerschaften spätestens auf Ende des Schuljahres für Kontrollen und Behandlungen getrennt Rechnung. Die Trägerschaften besorgen den Einzug der Kostenanteile der Erziehungsberechtigten. Nicht einbringbare Kosten gehen zu Lasten der Trägerschaften.

Das heisst: Der Zahnarzt stellt der Gemeinde die Rechnung für die privaten Zahnbehandlungen, obwohl gemäss Verordnung Art. 13 diese Kosten die Erziehungsberechtigten zu tragen haben. Die Gemeinde begleicht die Rechnung. Danach muss die Gemeinde den Erziehungsberechtigten die Rechnung für die Zahnbehandlung weiterverrechnen. Die Erziehungsberechtigten bezahlen dann die Rechnung der Zahnbehandlung der Gemeinde. Falls die Rechnung nicht beglichen wird, wird der Prozess mit Mahnung und Betreibung durch die Gemeinde eingeleitet – ein Verfahren, bei welchem sich Aufwand und Ertrag nicht lohnt und eine Bürokratie aufgebaut wurde. Die Vorteile liegen nur bei den Zahnärzten.

Familien, die sich den Zahnarzt aus wirtschaftlichen Gründen nicht leisten können, haben heute die Möglichkeit, bei der Gemeinde ein Gesuch um einen Kostenanteil oder um Kostenübernahme zu stellen.

Armutsbetroffene Patient*innen, welche Sozialhilfe beziehen, sind üblicherweise bei einem kantonalen Sozialdienst oder einer anderen Fachstelle in Beratung und werden bei Anträgen an die Gemeinde für finanzielle Leistungen unterstützt. Eine Kostenübernahme von Zahnbehandlungen wird in den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) unter Punkt C.6.5 "Gesundheit" definiert. Die Kosten für Zahnbehandlungen können übernommen werden, wenn die Behandlung nötig ist und in einer einfachen, wirtschaftlichen und zweckmässigen Weise erfolgt.

Mit dieser Regelung sind die sozialen Fälle abgedeckt und geregelt.

Aus unserer Sicht wird die Verwaltung der Gemeinden somit als Durchlauferhitzer für private Rechnungen benutzt und Mehraufwand generiert. Zudem ist eine zahnärztliche Behandlung Privatsache.

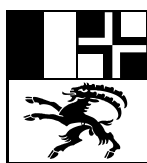
Es folgte lediglich eine erneute Zusatzaufgabe vom Kanton an die Gemeinden und dies ohne Mehrnutzen für die Erziehungsberechtigten und die Gemeinden. Die Schulzahnärzte erhalten mit dem kantonalen schulzahnärztlichen Auftrag somit auch ihre weitere und zukünftige Kundschaft, was in ihrem Interesse ist.

In diesem Sinne wird die Regierung beauftragt, Art. 15 der Verordnung, Rechnungsstellung, Abs. 1 zu ändern und den Zusatz der Rechnungsstellung via Trägerschaften und Inkasso-Aufgaben zu streichen. Neu soll die Verordnung über die Schulzahnpflege, Art. 15 Abs. 1 Rechnungsstellung, wie folgt angepasst werden:

Die Schulzahnärztinnen beziehungsweise Schulzahnärzte stellen den Trägerschaften spätestens auf Ende des Schuljahres für Kontrollen Rechnung. (für Behandlungen – streichen)

Chur, 16. Februar 2022

Florin-Caluori, Jochum, Dürler, Berther, Bettinaglio, Buchli-Mannhart, Cahenzli-Philipp, Caluori, Casty, Casutt-Derungs, Censi, Clalüna, Crameri, Danuser, Della Cà, Deplazes (Rabius), Derungs, Ellemunter, Epp, Fasani, Favre Accola, Flütsch, Föhn, Hardegger, Hefti, Holzinger-Loretz, Hug, Kasper, Kienz, Koch, Kohler, Kuoni, Loepfe, Loi, Maissen, Märchy-Caduff, Müller (Susch), Natter, Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Rüegg, Schmid, Schneider, Schutz, Stiffler, Tanner, Thomann-Frank, Ulber, Valär, von Ballmoos, Wellig, Widmer (Felsberg), Widmer-Spreiter (Chur), Wieland, Zanetti (Landquart), Bisaz, Bürgi-Büchel, Collenberg, Gujan-Dönier, Heini



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

5 d'avrigl 2022

8 d'avrigl 2022

262/2022

Incumbensa Florin-Caluori

concernent l'incarica da l'Ordinaziun davart la tgira da dents en scola: stritgar «metter a quint a las instituziuns responsablas ils tractaments privats»

Resposta da la Regenza

L'incumbensa pretenda che las dentistas ed ils dentists da scola possian metter a quint a las instituziuns responsablas mo las controllas e betg pli ils tractaments per la fin d'in onn da scola. Ultra da quai duain las instituziuns responsablas vegnir liberàdas da l'incassament da las parts dals custs da las persunas cun la pussanza dals geniturs, uschia che la ristga d'incasso duai vegnir transferida a las dentistas ed als dentists da scola.

La tgira da dents en scola ha l'intent da garantir la sanadad da la bucca (profilaxa) dals uffants e giuvenils en la scola populara tras ina controlla annuala dals dents (visita da controlla) sco er cun exequir eventuels tractaments. En il rom da la registraziun tempriva en l'entir chantun pon vegnir prendidas mesiras profilacticas che spargnan custs a lunga vista e ch'èn ina preziosa contribuziun a la sanadad publica.

Ils custs da la controlla da dents tras las dentistas ed ils dentists da scola van a donn e cust da las instituziuns responsablas (cf. art. 12 al. 2 Ordinaziun davart la tgira da dents en scola: DG 421.850). Ils custs da tractament van da princip a donn e cust da las persunas cun la pussanza dals geniturs (cf. art. 13 Ordinaziun davart la tgira da dents en scola). Las prestaziuns da las dentistas e dals dentists en il rom dal servetsch dentistic da scola vegnan indemnadas tenor la Tariffa per la tgira da dents en scola da la Societad svizra da las dentistas e dals dentists. Medemamain las parts dals custs da las persunas cun la pussanza dals geniturs (art. 14 Ordinaziun davart la tgira da dents en scola). Questa tariffa è pli bassa che la tariffa per pazientas e

pazients privats. Sut quest aspect na resulta per las dentistas ed ils dentists nagin avantatg economic cun ademplir il servetsch dentistic da scola. Medemamain n'obtegnan las dentistas ed ils dentists tras lur incarica nagina nova clientella, perquai che la gronda part da las personas cun la pussanza dals geniturs ha per regla gia ina dentista privata u in dentist privat. Da la tariffa sociala da las dentistas e dals dentists da scola profitan ils uffants e giuvenils che dovran in tractament cleramain pli intensiv sco er las famiglias che n'han – per motivs finanzials – nagina dentista privata u nagin dentist privat e la finala er la vischnanca, perquai che uschia na sto ella betg surpigliar ils custs per sanar cun retard ed en moda pretensiusa ils dents da las personas che retiran agid social.

Scleriments tar la Societad grischuna da dentists han mussà, che las dentistas ed ils dentists da scola èn cuntents cun il sistem vertent e conscients da la responsabladad sociala ch'ellas ed els han envers la societad cun porscher il servetsch dentistic da scola. Però han las dentistas ed ils dentists da scola l'intenziun da remetter lur mandat u almain d'al reponderar seriusamain, sch'ellas ed els duessan – ultra d'applitgar la tariffa bassa – er anc surpigliar la ristga d'incasso.

Tut en tut s'oppona in'adattaziun da l'art. 15 da l'Ordinaziun davart la tgira da dents en scola a l'incarica da basa da la tgira da dents en scola, numnadamain da mantegnair la sanadad da la bucca dals uffants e giuvenils e dal medem access a mesiras per mantegnair la sanadad da la bucca, ed ella chaschuna a lunga vista in augment considerabel dals custs da tractament. Quai engrevgiass la finala las personas ch'èn tuttavia socialmain pli deblas e las famiglias cun dischavantatgs socials ed augmentass er ils custs da l'agid social da las vischnancas.

Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond da refusar questa incumbensa.



En num da la Regenza

Il president:

Marcus Caduff

Il chancelier:

Daniel Spadin

Incumbensa Florin-Caluori concernent l'incarica da l'Ordinaziun davart la tgira da dents en scola: stritgar «metter a quint a las instituziuns responsablas ils tractaments privats»

En la Lescha da scola dal 01-08-2013 ha il Cussegl grond acceptà er l'art. 51, Servetsch medical e dentistic da scola. Uschia èn las instituziuns responsablas per la scola obligadas d'organisar e da realisar las visitas da controlla tar il dentist. Questa incarica è sa cumprovada ed è raschunavla. Ella funcziuna er fitg bain e vegn realisada en moda cumpetenta.

Ils custs da las controllas dals dents da las scolars e dals scolars, che las dentistas da scola e ch'ils dentists da scola fan, van a donn e cust da las instituziuns responsablas. Art. 12 da l'Ordinaziun davart la tgira da dents en scola.

Ils custs da tractament van a donn e cust da las persunas cun la pussanza dals geniturs. Art. 13 da l'Ordinaziun davart la tgira da dents en scola.

Questas incumbensas èn cleras. I na dat naginas propostas da midada che s'opponan ad ellas.

Ma quai che fa smirvegliar è il fatg, che las instituziuns responsablas (vischnancas) duain procurar per l'incasso da las parts dals custs da las persunas cun la pussanza dals geniturs (guarda art. 15 da l'Ordinaziun) e ch'ils custs betg incassabels duain ir a donn e cust da las instituziuns responsablas. Las vischnancas ston elavurar l'incasso dals quints privats.

Art. 15 da l'Ordinaziun davart la tgira da dents en scola, Facturaziun

Las dentistas da scola ed ils dentists da scola mettan a quint separadamain a las instituziuns responsablas las controllas ed ils tractaments, e quai il pli tard per la fin da l'onn da scola. Las instituziuns responsablas procuran per l'incasso da las parts dals custs da las persunas cun la pussanza dals geniturs. Custs betg incassabels van a donn e cust da las instituziuns responsablas.

Quai vul dir: Il dentist metta a quint tractaments privats dals dents a la vischnanca, cumbain che – tenor l'art. 13 da l'Ordinaziun – las persunas cun la pussanza dals geniturs ston surpigliar quests custs. La vischnanca paga il quint. Lura sto la vischnanca facturar vinavant il quint per il tractament dals dents a las persunas cun la pussanza dals geniturs. Las persunas cun la pussanza dals geniturs pagan la finala il quint dal tractament dals dents a la vischnanca. Sch'il quint na vegn betg pajà, vegn introducì il process cun admoniziun e cun scussiu tras la vischnanca – ina procedura, en la quala ils custs ed il retgav na sa pagan betg e da la quala resulta ina burocracia. Avantatgs han mo ils dentists.

Las famiglias che na pon betg sa prestar il dentist per motivs economics, han oz la pussaivladad d'inoltrar ina dumonda a la vischnanca da surpigliar ina part dals custs u tut ils custs.

Las pazientas ed ils pazients pertutgads da povradad che retiran agid social vegnan per il solit cussegljads d'in servetsch social chantunal u d'in auter post spezialisà e survegnan sustegn per inoltrar ina dumonda a la vischnanca da survegnir prestaziuns finanzialas. Ina surpigliada dals custs dals tractaments dals dents vegn definida en las Directivas da la Conferenza svizra da l'agid social (COSAS) sut punct C.6.5 «Sanadad». Ils custs per ils tractaments dals dents pon vegnir surpigliads, sch'il tractament è necessari e vegn fatg en ina moda e maniera simpla, economica e commensurada.

Cun questa regulaziun èn garantids e reglads ils cas socials.

A noss avis vegnan las administraziuns communalas duvradas en quest senn sco catalisatur per quints privats en ina moda che generescha custs supplementars. Ultra da quai è il tractament dals dents ina chaussa privata.

Resultada è mo ina nova incumbensa supplementara dal chantun a las vischnancas, e quai senza in avantatg supplementar per las persunas cun la pussanza dals geniturs e per las vischnancas. Grazia a l'incarica chantunala als dentists da scola obtegnan ils dentists da scola pia er lur clientella ulteriura e futura. Quai è en lur interess.

En quest senn vegn la Regenza incumbensada da midar l'art. 15 al. 1 da l'Ordinaziun, Facturaziun, e da stritgar il supplement da la facturaziun sur las instituziuns responsablas sco er lur incumbensas d'incasso. Da nov duai l'art. 15 al. 1 da l'Ordinaziun davart la tgira da dents en scola, Facturaziun, vegnir adattà sco suonda:

Las dentistas da scola ed ils dentists da scola mettan a quint a las instituziuns responsablas las controllas il pli tard per la fin da l'onn da scola. (stitgar – ed ils tractaments)

Cuira, ils 16 da favrer 2022

Florin-Caluori, Jochum, Dürler, Berther, Bettinaglio, Buchli-Mannhart, Cahenzli-Philipp, Caluori, Casty, Casutt-Derungs, Censi, Clalüna, Crameri, Danuser, Della Cà, Deplazes (Rabius), Derungs, Ellemunter, Epp, Fasani, Favre Accola, Flütsch, Föhn, Hardegger, Hefti, Holzinger-Loretz, Hug, Kasper, Kienz, Koch, Kohler, Kuoni, Loepfe, Loi, Maissen, Märchy-Caduff, Müller (Susch), Natter, Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Rüegg, Schmid, Schneider, Schutz, Stiffler, Tanner, Thomann-Frank, Ulber, Valär, von Ballmoos, Wellig, Widmer (Favugn), Widmer-Spreiter (Cuira), Wieland, Zanetti (Landquart), Bisaz, Bürgi-Büchel, Collenberg, Gujan-Dönier, Heini



Seduta del
5 aprile 2022

Comunicato il
8 aprile 2022

Protocollo n.
262/2022

Incarico Florin-Caluori

concernente l'incarico dell'ordinanza sul servizio dentistico scolastico: stralciare la fatturazione delle spese da parte degli enti responsabili per cure private

Risposta del Governo

L'incarico richiede che alla fine dell'anno scolastico i dentisti scolastici possano fatturare agli enti responsabili solamente i controlli e non più anche le cure dentarie. Inoltre gli enti responsabili devono essere svincolati dalla riscossione delle quote a carico delle persone esercitanti l'autorità parentale, fatto che dovrebbe trasferire il rischio di incasso ai dentisti scolastici.

L'obiettivo del servizio dentistico scolastico è quello di assicurare l'igiene orale (profilassi) di bambini e adolescenti durante la scuola dell'obbligo tramite un controllo annuale della dentatura (visita di controllo) nonché l'esecuzione di eventuali cure. Nel quadro del rilevamento precoce svolto su tutto il territorio, è possibile adottare misure profilattiche che a lungo termine permettono di risparmiare costi e forniscono un contributo prezioso alla salute pubblica.

Le spese per il controllo della dentatura da parte dei dentisti scolastici sono a carico degli enti responsabili (cfr. art. 12 cpv. 2 dell'ordinanza sul servizio dentistico scolastico; CSC 421.850). In linea di principio le spese di cura sono a carico delle persone esercitanti l'autorità parentale (cfr. art. 13 dell'ordinanza sul servizio dentistico scolastico). Le prestazioni dei dentisti fornite nel quadro del servizio dentistico scolastico vengono indennizzate secondo la tariffa per dentisti scolastici della Società svizzera odontoiatri. La stessa tariffa deve essere applicata anche per il calcolo delle quote a carico delle persone esercitanti l'autorità parentale (art. 14 dell'ordinanza sul servizio

dentistico scolastico). Questa tariffa è inferiore a quella che si applica ai pazienti privati. Sulla base di queste considerazioni i dentisti non traggono un vantaggio economico svolgendo il servizio dentistico scolastico. I dentisti scolastici non acquisiscono nemmeno una nuova clientela tramite il loro mandato, dato che di norma la maggioranza delle persone esercitanti l'autorità parentale ha un dentista privato. A trarre beneficio dalla tariffa sociale dei dentisti scolastici sono i bambini e gli adolescenti con spese di cura nettamente superiori nonché le famiglie che per motivi finanziari non possono permettersi un dentista privato e infine anche i comuni, in quanto essi non devono sostenere le spese per cure dentarie eseguite in ritardo e quindi più impegnative di persone che beneficiano dell'aiuto sociale.

Da accertamenti svolti presso l'Ordine dei dentisti grigionesi è emerso che i dentisti scolastici sono soddisfatti del sistema attuale e sono consapevoli della responsabilità sociale associata al servizio dentistico scolastico nei confronti della società. Tuttavia i dentisti scolastici tenderebbero a rinunciare o almeno a riconsiderare seriamente il loro mandato, se oltre alla tariffa più bassa essi dovrebbero anche assumersi il rischio di incasso.

Nel complesso una modifica dell'art. 15 dell'ordinanza sul servizio dentistico scolastico sarebbe in contrasto con il mandato fondamentale del servizio dentistico scolastico, ossia il mantenimento dell'igiene orale di bambini e adolescenti e l'accesso alle stesse misure per il mantenimento dell'igiene orale, e a lungo termine causerebbe un aumento delle spese di cura da non sottovalutare, che alla fine graverebbe sulle famiglie in ogni caso già socialmente più deboli e svantaggiate, nonché sui costi dell'aiuto sociale dei comuni.

A seguito di quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di respingere l'incarico in oggetto.



In nome del Governo

Il Presidente:

Marcus Caduff

Il Cancelliere:

Daniel Spadin

Incarico Florin-Caluori concernente l'incarico dell'ordinanza sul servizio dentistico scolastico: stralciare la fatturazione delle spese da parte degli enti responsabili per cure private

Con la legge scolastica del 01.08.2013 il Gran Consiglio ha approvato anche l'art. 51 «Servizio medico e servizio dentistico scolastici». Di conseguenza agli enti scolastici spetta il compito di organizzare e svolgere in modo obbligatorio le visite dentistiche di controllo. Questo incarico si è dimostrato valido ed è sensato. Inoltre l'incarico funziona in modo ottimale.

Le spese per il controllo della dentatura degli allievi da parte dei dentisti scolastici sono a carico degli enti responsabili. Art. 12 dell'ordinanza sul servizio dentistico scolastico.

Le spese di cura sono a carico delle persone esercitanti l'autorità parentale. Art. 13 dell'ordinanza sul servizio dentistico scolastico.

Questi compiti sono chiari e non sono soggetti a richieste di modifica.

Cosa però sorprende è che gli enti responsabili (comuni) provvedono alla riscossione delle quote a carico delle persone esercitanti l'autorità parentale (vedi l'art. 15 dell'ordinanza) e che le spese non recuperabili sono a carico degli enti responsabili. I comuni sono competenti per la riscossione delle fatture private.

Ordinanza sul servizio dentistico scolastico, art.15 «Fatturazione»

Al più tardi alla fine dell'anno scolastico, i dentisti scolastici presentano agli enti responsabili fatture separate per i controlli e le cure. Gli enti responsabili provvedono alla riscossione delle quote a carico delle persone esercitanti l'autorità parentale. Le spese non recuperabili sono a carico degli enti responsabili.

Ciò significa: il dentista fattura al comune le spese per le cure dentarie private, nonostante secondo l'art. 13 dell'ordinanza queste spese sono a carico delle persone esercitanti l'autorità parentale. Il comune salda la fattura. In seguito il comune deve trasmettere alle persone esercitanti l'autorità parentale la fattura per le cure dentarie. Infine le persone esercitanti l'autorità parentale saldano la fattura delle spese dentarie emessa dal comune. Se la fattura non viene saldata, il comune avvia il processo con sollecito ed esecuzione, un processo il cui dispendio supera l'utilità e comporta molta burocrazia, a vantaggio dei soli dentisti.

Le famiglie che per motivi finanziari non possono permettersi il dentista, hanno ora la possibilità di presentare al comune una domanda per la partecipazione alle spese o per l'assunzione completa delle spese.

Di solito i pazienti colpiti dalla povertà che percepiscono prestazioni di assistenza sociale si avvalgono dei servizi di consulenza offerti dal Servizio cantonale sociale o da altri servizi specializzati, i quali forniscono loro sostegno quando si tratta di presentare domande di sostegno finanziario indirizzate al comune. Una garanzia di assunzione delle spese per cure dentarie viene definita al punto C 6.5 «Salute» delle linee guida della Conferenza svizzera delle istituzioni dell'azione sociale (COSAS). Le spese per cure dentarie possono essere assunte a condizione che le cure siano necessarie ed eseguite in modo semplice, economico e appropriato.

Grazie a questa regolamentazione i casi sociali sono coperti e disciplinati.

Dal nostro punto di vista l'amministrazione dei comuni è utilizzata come servizio di riscossione di fatture private e genera spese supplementari. Inoltre le cure dentarie sono una faccenda privata.

Si tratta solamente di un ulteriore compito supplementare assegnato ai comuni dal Cantone che non rappresenta benefici per le persone che esercitano l'autorità parentale o per i comuni. Grazie all'incarico cantonale relativo al servizio dentistico scolastico, i dentisti acquisiscono quindi anche la loro futura clientela, ciò che è nel loro interesse.

Il Governo viene perciò incaricato di modificare l'art. 15 «Fatturazione» capoverso 1 dell'ordinanza sul servizio dentistico scolastico e di stralciare l'aggiunta relativa alla fatturazione tramite gli enti responsabili e i compiti relativi alla riscossione. L'art. 15 cpv. 1 dell'ordinanza sul servizio dentistico scolastico dovrà essere modificato come segue:

Al più tardi alla fine dell'anno scolastico, i dentisti scolastici presentano agli enti responsabili fatture per i controlli. (stralciare: e per le cure)

Coira, 16 febbraio 2022

Florin-Caluori, Jochum, Dürler, Berther, Bettinaglio, Buchli-Mannhart, Cahenzli-Philipp, Caluori, Casty, Casutt-Derungs, Censi, Clalüna, Crameri, Danuser, Della Cà, Deplazes (Rabius), Derungs, Ellemunter, Epp, Fasani, Favre Accola, Flütsch, Föhn, Hardegger, Hefti, Holzinger-Loretz, Hug, Kasper, Kienz, Koch, Kohler, Kuoni, Loepfe, Loi, Maissen, Märchy-Caduff, Müller (Susch), Natter, Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Rüegg, Schmid, Schneider, Schutz, Stiffler, Tanner, Thomann-Frank, Ulber, Valär, von Ballmoos, Wellig, Widmer (Felsberg), Widmer-Spreiter (Coira), Wieland, Zanetti (Landquart), Bisaz, Bürgi-Büchel, Collenberg, Gujan-Dönier, Heini